

PRESSEMITTEILUNG

Problemlösung durch Photovoltaik?

- FDP Artland beurteilt Bestrebungen skeptisch-



Aktuelle Überlegungen, noch nicht vermarktete Gewerbeflächen in Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde Artland an Investoren zur Errichtung

von Photovoltaikanlagen in Erdbauweise zu verkaufen, stoßen bei den Liberalen auf Unverständnis. Ein ausreichendes Angebot an kleinen und größeren Gewerbeflächen gehöre zu den harten, unverzichtbaren Standortfaktoren, um Unternehmen für eine Ansiedlung mit der Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen zu gewinnen, so die Ratsmitglieder der FDP Artland in einer internen Klausurtagung. Photovoltaikanlagen würden vor Ort kaum Arbeitsplätze schaffen, die Mär von der Schaffung von 300 000 Arbeitsplätzen durch die Solarindustrie in Deutschland sei längst widerlegt, da 95 % der Module aus China importiert würden. Bedenklich sei auch der zusätzliche Landverbrauch durch PV-Anlagen, der heute ohnehin schon täglich 90 ha betrage, die der Nahrungsmittelerzeugung entzogen würden.

„Wir halten deshalb nur die Veräußerung von „fußkranken“ Gewerbegrundstücken, die schlecht zu erschließen oder mit Nutzungseinschränkungen belastet sind, für eine solche Nutzung für vertretbar“, so Stadtratsmitglied Franz Diekel.

Im Vorfeld der Haushaltsberatungen stoßen auch Gedankenspiele zur Erhöhung der Samtgemeindeumlage auf Widerstand. Martin Lampe, FDP-Fraktionsvorsitzender im Rat der Samtgemeinde gibt zu bedenken: „Wir lösen damit einen Dominoeffekt bei den Mitgliedsgemeinden aus, der diese zwingt, ihre Realsteuersätze zu erhöhen, die jeden Bürger treffen würden.“ Er empfiehlt der Verwaltung der Samtgemeinde, sich mit anderen Gemeinden beim Landkreis Osnabrück darum zu bemühen, dass dieser finanzielle Mittel weitergibt, die er aufgrund von Beschlüssen der jetzigen Bundesregierung im Rahmen der Gemeindefinanzreform erhält. Danach übernimmt der

Bund die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit schrittweise in drei Stufen, beginnend in diesem Jahr mit 4 Mrd. Euro. Diese Mittel sollen nach Absicht des Gesetzgebers zur finanziellen Stärkung der Gemeinden dienen und gehörten deshalb dort auch hin, so die Liberalen. Drei Projekte in Quakenbrück können mit der Zustimmung der Liberalen rechnen. Als eine vorrangige Maßnahme sieht man die Erweiterung des Altenpflegeheimes der Diakonischen Stiftung. Mit der geplanten Einrichtung einer Kinderkrippe im Rahmen dieser Erweiterung wird einerseits dem Gedanken einer Begegnungsstätte von Jung und Alt Rechnung getragen, andererseits erlaubt diese Maßnahme auch, insbesondere in der Pflege Tätigen, Beruf und Familie besser in Einklang zu bringen.

Die Verantwortlichen der Theaterwerkstatt Quakenbrück e.V. haben sich entschieden, an ihrem angestammten Standort zu verbleiben. Investive Belastungen aus Brandschutzauflagen und im Sanitärbereich führen aber zu einer finanziellen Überforderung. Bei den Ratsvertretern ist man froh, dass die getroffene Entscheidung Klarheit schafft für neue Handlungsoptionen für die Nutzung des Quakenbrücker Bahnhofs. Die Verlegung der Spielstätte in den Bahnhof hätte zu deutlich höheren Kosten geführt als für die jetzt erforderlichen Sanierungsmaßnahmen. In den Räten der Samtgemeinde und Stadt will man die vorliegenden Förderanträge befürworten.

Als neues Projekt regt die FDP-Stadtratsfraktion im Rahmen des beschlossenen Ausbaus von Zentralspielplätzen einen „Allwetterspielplatz“ in der Neustadt an. „Gerade die letzten Wochen haben gezeigt, dass längere Regenperioden unsere Spielplätze „unbespielbar“ machen“; so Ratsfrau Petra Fischer. Hallenbad und Vereinssport in überdachten Hallen könnten das Spielen im Freien nicht komplett ersetzen. Als Standort könne man sich das ehemalige Rebotec-Gelände oder den Bürgerpark vorstellen. Der Antrag soll im Rat mit einem Finanzierungsvorschlag eingebracht werden.